

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Kerstin Celina

Abg. Ulrich Singer

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

Auswirkungen der Pandemie auf die Pflegesituation in Bayern (Drs. 18/17813)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde jetzt warten, bis etwas mehr Ruhe eingekehrt ist. Das geht alles von Ihrer Zeit ab. – Ich eröffne jetzt die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute bewusst das Instrument des Hochziehers genutzt, weil wir ein Thema haben, das uns schon länger begleitet, nicht erst seit Beginn dieser Pandemie. Wir befinden uns im Jahr zwei von Corona. Den Fachkräftemangel in der Pflege haben wir jedoch nicht erst seit gestern. Deswegen haben wir am 16. September den Antrag eingebracht, dass die Staatsregierung über die Auswirkungen der Pandemie auf die Pflegesituation in Bayern berichten soll.

Liebe Kollegen, das ist ein stinknormaler Berichts Antrag, dessen sich alle anderen Fraktionen in diesem Haus hätten bedienen können in dem Sinne, dass sie damit Lösungen finden, um dem Pflegekräftemangel entgegenzuwirken. Seinerzeit wäre es sinnvoll gewesen, diesem Antrag zuzustimmen und diesen Bericht anzufordern. Dann wären wir vielleicht nicht in der Situation gelandet, in der wir uns jetzt befinden.

Ich habe einmal im DIVI-Register nachgeschaut: Wir haben aktuell 3.542 Intensivbetten in Bayern. Genau vor einem Jahr waren es noch 3.995 Betten. Das ist ein Minus von 452 Betten. Keiner wird die Behauptung aufstellen, aus diesen Betten wären Gokarts gebaut worden oder sie wären anderweitig zweckentfremdet worden. Vielmehr ist der Pflegemangel so groß, dass diese Betten nicht mehr betreut werden können.

Es fehlt an Pflegekräften, die nicht mehr zur Verfügung stehen, aus welchen Gründen auch immer.

Das alles hätten wir durch diesen Berichtsantrag gerne erfahren. Jetzt liegt das Kind im Brunnen. Die Krankenhäuser werden aktuell der Situation nicht mehr Herr. Um das Problem der Untätigkeit im Sommer wegzuwischen, versucht man jetzt, irgendwelche Schuldigen zu suchen. Aktuell sind diese Schuldigen die Ungeimpften und leider auch die Kinder. Dazwischen stehen müde, frustrierte und ausgebrannte Pflegekräfte. Um eine solche Situation zu verhindern, haben wir schon einmal ein Pflege-Monitoring gefordert, das als Frühwarnsystem hätte genutzt werden können. Natürlich wurde auch dieser Vorschlag abgelehnt. Kolleginnen und Kollegen der möchtegerndemokratischen Parteien in diesem Haus: Diese Situation müssen Sie sich auf die Fahnen schreiben!

(Beifall bei der AfD)

Daran wird auch Ihr politischer Aktionismus mit täglich neuen einschränkenden Maßnahmen nichts ändern. Überdenken Sie deshalb noch einmal Ihr Votum aus dem Ausschuss, und stimmen Sie heute unserem Antrag im Hohen Haus zu, damit wir bei einer fünften Welle, die bestimmt auch kommen wird, nicht wieder vor dem gleichen Problem stehen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Dr. Beate Merk von der CSU-Fraktion aufrufen.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Man könnte fast meinen, es gäbe doch noch Wunder, wenn man einen ersten Blick auf den Antrag der AfD-Fraktion wirft. Plötzlich, urplötzlich, wie aus dem Nichts und wider Erwarten beschäftigt sich die Fraktion ganz rechts im Haus mit Sachpolitik. Zumindest gibt sie vor, dass sie an guten Bedingungen in der Pflege interessiert sei.

Zum Ersten wenden Sie sich an den falschen Adressaten. Das kann man aber klären: Zuständig für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung sind die Pflegekassen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung respektive die Krankenhausträger. Es geht aber auch noch um etwas anderes: Es wäre eine viel größere Hilfe gewesen, wenn diejenigen, denen plötzlich die hohe Belastung der Pflegekräfte durch die Pandemie aufgefallen ist, Verantwortung für die Verhinderung von schweren COVID-Fällen übernommen hätten. Herr Kollege Mang hat letzte Woche immer wieder gegen Maßnahmen, die gegen die Corona-Pandemie eingeleitet worden sind, agiert.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer bayerischen Ministerien und vor allem des Gesundheitsministeriums rund um die Uhr arbeiten, während unsere Staatsregierung alles, was in ihrer Macht steht, tut, um die Versorgung aufrechtzuerhalten, während es in diesen Tagen um die Nachverfolgung und Bekämpfung der neuen Mutante geht, die die Welt in Atem hält, wird die Gefahr von COVID von der AfD wieder und wieder heruntergespielt und geleugnet. Die Vertreter des rechten Randes setzen diesen Kurs ohne jedwedes schlechte Gewissen fort. Das ist dreifach verantwortungslos: Erstens gegenüber allen Menschen, die aufgrund derartiger Fehlinformationen schwer an COVID erkranken, zweitens ist das eine Schande gegenüber allen, die in diesen Tagen an einer schweren Krankheit, Herzinfarkt oder Schlaganfall, leiden und um ihre Versorgung bangen müssen, wenn sich die Lage weiter zuspitzt, und drittens ist das heuchlerisch gegenüber den Beschäftigten in den Krankenhäusern und Pflegeheimen, die die Folgen all der verbreiteten Verschwörungsmyschen tagtäglich ausbaden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wer tatsächlich Respekt vor unseren Pflegekräften hat, muss diese Pandemie ernst nehmen, gemeinsam und demokratisch mit der Mehrheitsgesellschaft. Wer tatsächlich die Lage in der Pflege verbessern will, muss aufhören, ständig Misstrauen gegen geltende Regelungen sowie unseren Staat und seine Behörden zu säen.

Eine wichtige Bemerkung zuletzt: Wer tatsächlich an der Beseitigung des Fachkräftemangels in unserem Land interessiert ist, wie dies der vorliegende Antrag der AfD vorgibt, kann nicht gleichzeitig gegen Ausländer eingestellt sein. Wer zu wenig Fachkräfte in der Pflege bemängelt und dann in einer Zeit des demografischen Wandels keinen Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland wünscht, der muss schon stark verblendet sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie diesen Antrag gestellt haben, ich schließe mich den Worten des Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung an, der im Ausschuss gesagt hat: Schauen Sie sich die Anfragen an, schauen Sie sich die Anträge an, die wir alle eingebracht haben, weil wir uns um das Thema Pflege mit ganzem Herzen und intensiv kümmern.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Die Forderung der AfD, dass über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Pflege berichtet werden solle, ist völlig überflüssig. Die Herausforderungen in der Pflege sind längst bekannt; die Corona-Pandemie hat sie verschärft. Die Situation ist dramatisch.

Der aktuelle Barmer Pflegereport weist erneut auf den hohen Krankenstand und auf die schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege wie die nicht planbaren, familienunfreundlichen Arbeitszeiten und schlechte Vergütung hin. Ich sage Ihnen: Lesen hilft!

Ebenso hilft das Lesen unserer GRÜNEN-Anträge dazu. Wir müssen Fachkräfte ausbilden, diese im Beruf halten, schützen, wieder neu gewinnen; wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Ich habe spontan 18 GRÜNEN-Anträge gefunden, die das konkret beschreiben. Ich lege Ihnen nahe, diese intensiv und zusammen mit dem Bericht

der Barmer Krankenversicherung und den Berichten in der freien Presse, die Sie ja aber nicht mögen, durchzulesen.

Probieren Sie es trotzdem! Wie gesagt: Lesen bildet. – Dann erübrigt sich der Bericht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Celina, bleiben Sie bitte noch. Wir haben eine Zwischenbemerkung, die Meldung ist noch rechtzeitig eingegangen. Die Zwischenbemerkung kommt von Herrn Ulrich Singer. Bitte, Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin Celina, Sie haben den Barmer Report angesprochen, der ja sehr interessant ist. Es wird konservativ geschätzt, dass bis 2030 bis zu 180.000 Pflegekräfte in Deutschland fehlen werden. Glauben Sie nicht, dass es dann wichtig wäre, uns diesem Bericht, wie wir es vorschlagen, zuzuwenden? – Es ist ja ein Berichtsantrag, der uns da weiterhelfen könnte.

Die Frage ist natürlich auch: Wie, glauben Sie, können wir die Fachkräfte, die aus Deutschland zum Beispiel in die Schweiz abwandern, weil dort die Arbeitsbedingungen besser sind, wieder zurück nach Deutschland holen? – Das wäre doch auch eine gute Möglichkeit, diese Lücke ein kleines bisschen zu schließen.

Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist doch aber genau das, was ich sage.

Erstens. Im Barmer Report steht, wie viele Leute fehlen. Das hat jetzt nicht die Barmer neu erfunden; das ist seit Jahren in allen möglichen Presseartikeln zu lesen.

Zweitens. Wir wissen, dass Pflegekräfte ihren Beruf verlassen. Es ist egal, ob sie in die Schweiz oder in andere Berufe hier gehen: Sie gehen in andere Bereiche, in denen sie bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Wir haben in den 18 Anträgen, die ich vorhin spontan mit einmal Googlen auf der Website der Bayerischen Staatsregierung gefunden habe, genau beschrieben, was wir

tun müssen, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege hierzulande zu verbessern. Wozu brauchen wir also diesen Bericht noch? – Ich verstehe es wirklich nicht.

(Beifall – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Celina. – Ich kann damit den nächsten Redner aufrufen. Herr Prof. Bauer von den FREIEN WÄHLERN, bitte.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Regel stimmt man einem Berichtsantrag ja zu. In der Regel ist das auch völlig unproblematisch. Leider ist dieser Antrag aber vergiftet. Das ist ein vergifteter Berichtsantrag, den Sie hier stellen; denn er heuchelt Empathie und Verständnis für die Pflege in Bayern.

Ihr Antrag leugnet in perfider Weise die dramatische Situation besonders in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen. Der Gipfel ist jedoch, dass Sie in Ihrem Antrag so tun, als sei die Corona-Pandemie bereits vorbei.

In Ihrem Antrag heißt es: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, welche Konsequenzen die Coronapandemie auf die Situation in der Pflege hatte." – Hatte! – Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass wir noch mitten in der Corona-Pandemie sind!

Genau das Gegenteil dessen, was Sie in Ihrem Antrag wollen, ist der Fall. Corona ist eben nicht eine banale Erkältungskrankheit und auch kein leichter Schnupfen. Sie können doch die Zahlen lesen, die jeden Tag veröffentlicht werden.

Die Corona-Pandemie hat bis heute zu über 100.000 Todesfällen allein in Deutschland geführt. 100.000 Menschen! Weltweit sind es 5,2 Millionen Menschen, die an oder mit Corona gestorben sind. Weltweit beträgt die Zahl der COVID-Infektionen bereits 260 Millionen. Es ist also eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung an dieser Krankheit erkrankt.

Wir haben in Deutschland die ersten Landkreise mit einer Inzidenz von über 2.000. In Bayern mussten wir bis zum letzten Wochenende über 50 schwerkranke Patienten per Flugzeug in andere Bundesländer verlegen. Ich habe gerade eine Meldung gelesen, dass die Bundeswehr noch einmal 4.000, insgesamt also 12.000 Soldaten zur Bewältigung dieser Pandemie zur Verfügung stellt.

Die Intensivstationen sind voll. Auf den Intensivstationen wird über Triage gesprochen. Was heißt das konkret? – Das heißt konkret, dass ein Arzt auswählen muss, wer und wer nicht das lebensnotwendige Intensivbett, die Beatmung bekommt. Sie müssen sich mal vorstellen, wie es auf diesen Intensivstationen täglich zugeht und wie sich die Menschen, die auf diesen Intensivstationen arbeiten, fühlen.

Die aktuellen Fallzahlen sind so hoch wie nie. Heute, am Mittwochmorgen: 67.186 Neuerkrankungen. Besonders bedrückend ist natürlich auch, dass jetzt schon wieder weit über 300 Menschen täglich versterben. Hatten Sie das vor Augen, dass jeden Tag ein Flugzeug abstürzt und sich keiner drum kümmert? – Das müssen Sie sich mal vorstellen.

Schauen Sie auch in die Übersterblichkeitsstatistik, die wir seit letztem Jahr haben. Schauen Sie mal rein, was hier passiert!

Herr Präsident, ich glaube, die Zwischenbemerkung könnten wir nach diesem Punkt machen. – Okay.

Sie wollen von der Staatsregierung Auskunft haben, welche Auswirkung diese Situation auf die Pflege hatte. – Hatte! Ich kann das nur noch einmal wiederholen.

Hoffentlich wird sich in den nächsten 14 Tagen die Gesamtlage nicht verschlechtern. Wir können heute ein bisschen optimistisch sein. Alles Weitere, und das möchte ich Ihnen noch einmal besonders ins Stammbuch schreiben, habe ich Ihnen bereits in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 28.09.2021 gesagt. Lesen Sie bitte noch einmal nach.

An dieser Stelle ist es mir ein Herzensanliegen und ein persönliches Bedürfnis, mich wieder bei allen Pflegekräften, dem ärztlichen Personal und bei den pflegenden Angehörigen für die außergewöhnliche und aufopferungsvolle Tätigkeit, für ihr Engagement, ihre Hilfsbereitschaft und ihre Empathie zu bedanken. Ich sichere ihnen zu, so wie ich das auch für die Staatsregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien CSU und FREIE WÄHLER tun kann: Die Staatsregierung, sie bedankt sich, und sie wird auch weiterhin zur Verfügung stehen, sie wird auch weiterhin für die Pflege eintreten, der Pflege helfen und die Pflege unterstützen, wo es geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Winhart. Herr Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Herr Prof. Bauer, ich sage es ganz offen und ehrlich: Das Vorlesen von irgendwelchen Corona-Schlagzeilen ist mir als Antwort von Ihnen deutlich zu wenig, gerade angesichts der Position, die Sie vertreten. So, nun frage ich Sie ganz konkret: Wo liegt das Problem bei diesem Bericht? Kommt dabei heraus, dass man in den letzten drei Jahren relativ wenig oder gar nichts gemacht hat außer dieser Akademisierung, die die Leute auf der Station früher oder später noch weiter vom Patienten wegholt, weil sie dann mehr für die Organisation zuständig sind? Liegt es vielleicht an der Generalistik, die einfach zu weit gefächert ist und die uns wirklich nicht vorangebracht hat? Wo sind denn die Verbesserungen? Wo sind die Verbesserungen in den letzten drei Jahren, seitdem Sie mitmachen?

Ich frage Sie ganz konkret: Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, für den wurden wir hier wieder einmal belächelt. Da haben wir hineingeschrieben, wir wollen gerne Leute aus der Intensivpflege und aus der Pflege, die gekündigt haben, wieder in die Krankenhäuser zurückholen, und zwar mit einem kleinen Bonus und mit einem An-

reiz, damit sie bleiben. Warum haben Sie das denn abgelehnt? – Sie haben doch ein ähnliches Konzept gefahren mit dem 500-Euro-Bonus für die Pfleger –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Winhart, Ihre Zeit ist zu Ende.

Andreas Winhart (AfD): – ja, gut, aber den einen Satz mache ich noch schnell fertig – in der Corona-Pandemie. Wo liegt das Problem?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Herr Winhart, ich merke, dass Sie in den Ausschusssitzungen eigentlich nur körperlich anwesend sind. Aufgepasst haben Sie nämlich bei dem, was wir dort alles besprochen haben, offensichtlich nicht. Sonst könnten Sie diese Frage nämlich gar nicht stellen. Sie wüssten dann genau, was für die Pflegekräfte alles getan worden ist. Es ist ein Pflegestärkungsgesetz gekommen, es sind die Unterstützungen für die Beschäftigten direkt vor Ort gekommen, die Rahmenbedingungen sind verbessert worden, Tarifierhöhungen wurden umgesetzt, es wurden Personaluntergrenzen zur Entlastung von solch schwierigen Tätigkeiten wie auf den Intensivstationen festgelegt. Das alles ist passiert, aber Sie stellen sich hier hin und fragen, was in den letzten drei Jahren gemacht wurde. – Es tut mir leid, aber das verstehe ich wirklich nicht. Ich habe hier jetzt nur ein paar Dinge angerissen, die konkret für die Verbesserung der Pflege veranlasst worden sind. Weitere sind geplant, die sind auch notwendig, und die werden wir auch umsetzen. Wenn Sie nicht immer so bockig wären und wir das zusammen machen könnten, dann wäre das mal eine runde Sache. Ich fordere Sie auf: Machen Sie doch mit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Bauer. – Nächste Rednerin ist Frau Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD möchte noch einmal über ihren schon abgestimmten Antrag reden. Sie möchte einen Bericht von der Staatsregierung, welche Konsequenzen die Corona-

Pandemie auf die Situation der Pflege hatte und wie viele den Beruf gewechselt haben. Interessant ist dabei vielleicht, dass hier von der Corona-Pandemie die Rede ist, die offenbar nicht herbeihalluziniert ist, wie das Ihr Fraktionsvorsitzender erst letz- tens hier im Plenum wieder gesagt hat. Da hat er von einer herbeihalluzinierten Coro- na-Pandemie gesprochen. Ich habe dann mit einer Zwischenbemerkung nachgefragt, ob er das wirklich so meint und das aufrechterhalten will. Er hat sich nicht davon dis- tanziert und nur dazu gesagt, dass er auf jeden Fall gegen alle Maßnahmen ist. Das Zweite, was interessant ist, ist die Tatsache, dass die Corona-Pandemie überhaupt noch nicht vorbei ist. Dazu hat Herr Kollege Dr. Bauer gerade etwas gesagt.

Was den Berichtswunsch angeht: Wissen Sie was? Ich kann Ihnen die Antwort geben, denn das ist ganz einfach: Wie viele Menschen aus der Pflege haben den Beruf ge- wechselt? – Zu viele. Wie ist das mit den Konsequenzen der Pandemie auf die Situa- tion der Pflege? – Auch das kann ich Ihnen sagen: Die Belastungen sind sehr groß, sie sind zu groß, wie jeder mitbekommen kann, der den Pflegekräften und ihren Ver- bänden zuhört. Die können Ihnen darüber etwas sagen. Dort wird auch jede Unterstüt- zung und jede Entlastung dringend gebraucht. Was dort aber nicht gebraucht wird, das sind Berichte von Beamten aus Ministerien oder vom Landesamt. Wer Ohren hat, der höre. – Die Pflegekräfte sind weiß Gott nicht still, sondern weisen eindrücklich auf ihre Situation hin.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Waldmann. – Als Nächsten rufe ich Herrn Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion auf. Pardon, Dr. Spit- zer, so viel Zeit muss sein.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ihre Fragen sollten im Nachgang der Pandemie gestellt wer- den. Jetzt müssen Notfallmaßnahmen her. Alle Kompetenzen müssen auf die aktuelle Situation ausgerichtet werden, um die Lage in den Griff zu bekommen. Das Gesund-

heitsministerium und unser Gesundheitsminister Holetschek müssen die Krise bewältigen und dürfen keine Zeit verlieren, um Ihre Fragen zu beantworten, zumal vor dem Hintergrund, dass Ihre Fragen in eine Richtung gehen, die Sie medial ausschlichten wollen. Vorschläge und konstruktive Anregungen wären jetzt sinnvoll. Aber wem sage ich das?

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die anderen Fraktionen. Wer enthält sich? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 4 bekannt. Das war der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen – blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen" auf Drucksache 18/17440. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 101 Abgeordnete, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)